



Foto: DLR

„Endlich 40 Prozent erreicht“

ASTRID SCHWARZENBERGER BERÄT WISSENSCHAFTLERINNEN ZUM THEMA CHANCENGLEICHHEIT BEI PROJEKTANTRÄGEN FÜR HORIZONT 2020

Frau Schwarzenberger, Sie arbeiten in der in Europa einzigartigen Kontaktstelle FiF (Frauen in die EU-Forschung), die beim Projektträger des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt angesiedelt ist. Wie gut kommen Frauen in der EU-Förderung zum Zuge?

Theoretisch haben Frauen als Antragstellende oder Mitwirkende in EU-Projekten gleich gute Chancen wie Männer. Allerdings sind sie nicht nur in führenden Projektpositionen, sondern auch in Begutachtungsgremien deutlich seltener vertreten. Das Bundesforschungsministerium (BMBF) hat die FiF-Stelle auch mit dem Ziel eingerichtet, im europäischen Kontext dazu beizutragen, dass Genderaspekte in Forschungsinhalt und Förderstrukturen systematisch Berücksichtigung finden.

Wie versuchen Sie, die Situation zu verbessern?

Um Wissenschaftlerinnen für Horizont 2020 zu begeistern, beraten wir als Mitarbeiterinnen der FiF-Stelle per E-Mail und Telefon und halten Vorträge in ganz Deutschland. Es werden Brüssel-Exkursionen veranstaltet und Webinare gehalten, es gibt auch einen Newsletter und eine eigene Webseite. Wir unterhalten vielfältige Kontakte in Brüssel, nicht zuletzt zur EU-Kommission und zum Europäischen Parlament. Diese helfen auch bei der Vorbereitung

des nächsten Rahmenprogramms: Hier unterstützen wir das BMBF in den Verhandlungen in Brüssel dabei, dass die Genderthematik in Programmstruktur und -inhalten angemessen verankert ist.

Wo stoßen Sie an Grenzen?

Dass es gewinnbringend ist, auch im Forschungsinhalt Geschlechteraspekte zu berücksichtigen, leuchtet vielen erst ein, wenn man konkrete Beispiele anführt. Diese Hinweise sind meist wirkungsvoll und bereichernd. Leider gibt es immer noch Schwierigkeiten bei der statistischen Erfassung: Es kommt vor, dass das Geschlecht einer koordinierenden Person in einem Projekt nicht bekannt ist. Hier bleiben wir dran.

Was gelingt schon ganz gut?

Wir bekommen zu unseren Seminaren die Rückmeldung, dass sie motivieren, sich an Horizont 2020 zu beteiligen. Unter den Begutachtenden zu Horizont 2020 hat der Frauenanteil nun endlich den seit 20 Jahren geltenden Zielwert von 40 Prozent erreicht – nur beim Europäischen Forschungsrat ERC (European Research Council) noch nicht. Dies zeigt, dass ein kontinuierliches Arbeiten für die angemessene Berücksichtigung von Genderaspekten unerlässlich ist.

INTERVIEW: DR. ANGELA LINDNER

ERASMUS+

Die EU-Kommission gibt Deutschland für das Programm Erasmus+ für das laufende Jahr weitere 25 Millionen Euro zu den bisherigen 265 Millionen Euro. Insgesamt stellt Brüssel für 2019 EU-weit 251 Millionen Euro zusätzlich zu den vereinbarten drei Milliarden Euro bereit. Darauf einigten sich EU-Rat und das Europäische Parlament Mitte Februar im aktuellen Jahresarbeitsprogramm Erasmus+ 2019. EU-Bildungskommissar Tibor Navracsics erklärte, mit dieser Ergänzung würden die Mittel für die europäischen Universitäten verdoppelt.

EUROPÄISCHE UNIVERSITÄTEN

54 Hochschulverbände haben Anträge eingereicht, um künftig über die EU-Initiative „Europäische Universitäten“ gefördert zu werden. Wie EU-Bildungskommissar Tibor Navracsics Anfang März mitteilte, beteiligten sich mehr als 300 Hochschuleinrichtungen aus 31 EU-Staaten. Auch zahlreiche Verbände mit deutscher Beteiligung hatten sich beworben. Im Sommer wird entschieden, welche zwölf Hochschulnetzwerke gefördert werden. Insgesamt 60 Millionen Euro stehen für die erste Ausschreibungsrunde bereit. Eine zweite Ausschreibung soll im Herbst starten.

EU-PROJEKT DATENSICHERHEIT

16 Millionen Euro hat die Goethe-Universität Frankfurt für das EU-Projekt „Cyber-Sec4Europe“ eingeworben, das Ende Februar offiziell gestartet ist. Zwei Millionen Euro davon bleiben an der hessischen Uni, die das Vorhaben koordiniert. Im Fokus stehen Datensicherheit des Banken- und Gesundheitswesens, des Identitätsmanagements und Smart Cities. 43 Partner aus 20 EU-Staaten sind daran beteiligt. Das Verbundprojekt ist eines von vier Horizont-2020-Forschungsprojekten, mit denen Brüssel für mehr Cybersicherheit und Datenschutz sorgen will.